



# PIRATENGRUPPE

IM RAT DER STADT KÖLN

An den Ausschussvorsitzenden  
Herrn Bürgermeister Dr. Ralf Heinen

An Frau Oberbürgermeisterin  
Henriette Reker

**Thomas Hegenbarth**

**Lisa Gerlach**

Rathaus - Spanischer Bau

50667 Köln

Tel.: +49 (221) 221 - 25541

Mail: Thomas.Hegenbarth@stadt-koeln.de

Mail: Lisa.Gerlach@stadt-koeln.de

Eingang beim Büro der Oberbürgermeisterin: 03.05.2017

**AN/0728/2017**

## **Anfrage gem. § 4 der Geschäftsordnung des Rates**

<b>Gremium</b>	<b>Datum der Sitzung</b>
Jugendhilfeausschuss	09.05.2017

### **Gewaltschutzkonzept für Kölner Flüchtlingsunterkünfte**

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Reker,  
sehr geehrter Herr Ausschussvorsitzender Dr. Heinen,

die Antragsteller bitten Sie, folgende Anfrage auf die Tagesordnung der kommenden Sitzung des Jugendhilfeausschuss es zu nehmen:

In einer Pressemitteilung vom 30.03.2017 stellte das Ministerium für Inneres und Kommunales (MIK) das neue „Landesgewaltschutzkonzept für die Flüchtlingseinrichtungen des Landes NRW“ (LGSK NRW) vor. Mithilfe dieses Konzepts sollen Bewohner und Bewohnerinnen sowie das Personal in Landesaufnahmeeinrichtungen unter anderem vor Übergriffen geschützt werden. Das Konzept sieht für die Zentralen Unterbringungseinrichtungen die Etablierung von präventiven Maßnahmen, Vorgaben zur Planung, zum Ausbau und zur Belegung, zur Wahrung der Privatsphäre der Bewohnerinnen sowie zur Betreuung und Beratung von Geflüchteten vor. Die Vorgaben des LGSK gelten für die Betreuungs- und Sicherheitsdienstleistenden in ZUEen verbindlich. Die Landesregierung empfiehlt, in den nordrhein-westfälischen Kommunen analoge Gewaltschutzkonzepte für kommunale Unterkünfte zu etablieren.

Der Ausschuss für Soziales und Senioren der Stadt Köln hatte am 14.01.2016 u. a. beschlossen, dass die Verwaltung ein Gewaltschutzkonzept zum Schutz von Frauen und Kindern vor geschlechtsspezifischer Gewalt in Gemeinschaftsunterkünften bis zum 30.06.2016 entwickeln soll. Zwar werden im 13. Bericht „Aktuelle Informationen zur Unterbringung und Integration von Flüchtlingen“ Angaben zu Kooperations- und Kinderschutzvereinbarung gemacht sowie auf den Handlungsleitfaden „Häusliche Gewalt“ hingewiesen, bisher wurde aber noch kein Gewaltschutzkonzept vorgestellt. Die Piratengruppe fragt seit 2015 regelmäßig

nach, wie die Situation besonders schutzbedürftiger Personen in den Unterkünften der Stadt ist und was für ihren Schutz in den Kölner Unterkünften getan wird.

**Vor diesem Hintergrund fragen wir die Stadtverwaltung:**

1. Sieht die Verwaltung, eine Möglichkeit das Landesgewaltschutzkonzept auch in Köln umzusetzen, und wenn nicht, welche Vorgaben aus dem LGSK könnten für ein eigenes Kölner Gewaltschutzkonzept übernommen werden?
2. Welche Kosten würden dabei für die Stadt entstehen?

Gez. Thomas Hegenbarth

gez. Lisa Hanna Gerlach